



Interviews

Datum: 15. September 2022

Dietmar Bartsch im Gespräch mit Sandra Schulz

Sandra Schulz: Die Partei „Die Linke“ ist im Moment heftig mit sich selbst beschäftigt. Auslöser für die aktuellen Turbulenzen war der Auftritt der Linken-Abgeordneten Sahra Wagenknecht in der vergangenen Woche im Bundestag. Da sagte sie unter anderem:

O-Ton Sahra Wagenknecht: „Das größte Problem ist Ihre grandiose Idee, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen. Ja, natürlich ist der Krieg in der Ukraine ein Verbrechen. Natürlich ist der Krieg in der Ukraine ein Verbrechen. Aber die Vorstellung, die Vorstellung, dass wir Putin dadurch bestrafen, dass wir Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen und dass wir unsere Industrie zerstören, während Gazprom Rekordgewinne macht, ja wie bescheuert ist das denn?!“

Schulz: Es folgte deutliche Kritik, es folgten Distanzierungen. Ulrich Schneider zum Beispiel als Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, ein prominentes Gesicht der Partei, der verließ Die Linke wegen dieser Äußerungen. Und der frühere Bundestagsabgeordnete Fabio De Masi trat aus der Partei aus, weil – so hat er es auf Twitter geschrieben – er eine Unfähigkeit seiner früheren Partei sieht, produktiv zu streiten.

Über all das können wir jetzt sprechen mit einem der Fraktionschefs der Linken-Bundestagsfraktion. Guten Morgen, Dietmar Bartsch.

Dietmar Bartsch: Guten Morgen. – Ich grüße Sie.

Schulz: Hat die Bundesregierung einen Wirtschaftskrieg gegen Russland vom Zaun gebrochen?

Bartsch: Bei dieser Frage muss man immer in großer Deutlichkeit – und das tue ich auch – den verbrecherischen Krieg, den Wladimir Putin gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen hat, zum Ausgangspunkt wählen. Das ist die Ursache. Dieser Krieg ist wirklich auf das allerschärfste zu verurteilen. Er richtet unendliches Unheil an, zerstört Städte und Dörfer in der Ukraine, es gibt viele Tote; er richtet aber auch Unheil in Russland an, in vielen anderen Ländern. Das ist der Ausgangspunkt. Dann, wenn man dieses in großer Deutlichkeit benannt

hat, kann man über die Wirksamkeit der verhängten Sanktionen sprechen, aber der Ausgangspunkt muss immer der verbrecherische Krieg von Wladimir Putin sein.

Schulz: Wenn Sie das so sehen, wie finden Sie dann das, was Sahra Wagenknecht gesagt hat? Da klang ja doch die Zuspitzung, Ursache und Wirkung, ein bisschen anders.

Bartsch: Ich habe die Rede von Sahra Wagenknecht ja in Gänze gehört. Ich habe vieles, was sie am Beginn gesagt hat, ausdrücklich auch unterstützt, aber finde hier, dass es wirklich eine Verschiebung gibt. Und gerade weil man in dieser Frage sehr exakt sein muss, teile ich das auch nicht. Ich nehme diesen Begriff des beispiellosen Wirtschaftskrieges nicht als Vokabel, obwohl den andere auch benutzen, aber es darf keine Verkehrung geben.

Natürlich – der Auffassung bin ich auch – muss man kritisieren, was dort falsch läuft. Ich glaube auch, dass die Bundesregierung dort einiges falsch macht. Aber das darf überhaupt nicht, wirklich in keiner Weise dazu führen, dass man die Schuldzuweisungen an den Westen als Verursacher gibt. Das ist falsch.

Schulz: Ich nehme wahr, dass Sie das kritisieren, dass Sie sich distanzieren. Aber jetzt gibt es ja sehr scharfe Kritik, sehr scharfe Distanzierungen nicht nur vom politischen Gegner, sondern aus Ihrer eigenen Partei und sogar von Ihrer eigenen Parteispitze. Der Co-Parteichef Schirdewan hat gesagt, er hat Sie aufgefordert und auch Ihre Co-Fraktionschefin Mohamed Ali, dafür zu sorgen, dass sich so was nicht wiederholt. Werden Sie das tun?

Bartsch: Erstens ist es so – und das will ich ausdrücklich sagen -, dass ich jeden Austritt aus der Linken bedauere. Wir haben in der aktuellen Situation eine ganz andere Verantwortung. Wir sehen, wie die Inflation galoppiert, wie die Preise für Lebensmittel, die Preise für Energie steigen. Wir sehen, dass Corona im Winter wieder auf uns zukommt. Wir haben die Herausforderung des Klimawandels. Unsere Aufgabe ist, die soziale Opposition im Deutschen Bundestag zu sein. Das ist unsere Aufgabe und da müssen wir möglichst schnell zurückkommen.

Schulz: Aber das ist ja die Frage, wie Sie da hinkommen, und da würde mich wirklich interessieren, wie Sie schauen auf diese harsche Kritik von der Parteispitze. Dafür zu sorgen, dass sich so was nicht wiederholt, das heißt ja nichts Anderes, als Sahra Wagenknecht mit eigentlich einem Redeverbot im Plenum zu belegen. Erwägen Sie das?

Bartsch: Redeverbote, kann ich nur ganz klar sagen, die gibt es im Deutschen Bundestag nicht. Selbst wer abweichende Meinungen hat, kann sie im Plenum kenntlich machen. Das ist auch gut in der parlamentarischen Demokratie. Das haben in der Vergangenheit Bundestagspräsidenten mehrfach auch genutzt, dass Menschen, die nicht mit ihrer Fraktionsmeinung in Übereinstimmung sind, reden können.

Ich glaube, dass wir so auch das Problem nicht lösen können. Grundlage ist unser Wahlprogramm. Grundlage sind Beschlüsse, die Parteitage der Linken fassen. Das muss völlig klar sein.

Ich finde es falsch, dass jetzt – und zwar von beiden Seiten - - - Schauen Sie, es gibt auch eine riesige Bewegung, die da sagt, das war alles toll, die ich nicht teile. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn wir vor allen Dingen die innerparteiliche Debatte weiterführen – ja, sie muss geführt werden, aber sie muss intern und auch in Deutlichkeit geführt werden. Und es ist richtig: Wenn man das Ergebnis anschaut, dann ist es natürlich so, dass diese Rede dazu geführt hat, dass wir uns extrem mit uns beschäftigen, und das, das darf sich wirklich nicht wiederholen. Ich bin da im Übrigen mit Martin Schirdewan in enger Abstimmung. Er hat wesentlich dazu beigetragen wie andere, dass wir nach dem Parteitag der Linken zumindest eine kleine Tür aufgemacht haben. Wir haben die Chance – wir haben das bei den Demonstrationen, die es gibt, gesehen. Es gibt in der Bevölkerung mehr als ein Unbehagen. Ich habe das selbst jetzt in dieser Woche erlebt. Das ist unsere Aufgabe und dahin müssen wir zurückkommen und da werden wir auch in der Bundestagsfraktion drüber reden. Was nicht ist, ist, dass irgendwer verkündet ...

Schulz: Wenn Sie sagen, Sie haben sich ausgetauscht mit Herrn Schirdewan, nur um diesen Punkt zu verstehen, was meint er denn damit, so was darf sich nicht wiederholen? Hat er dann ein Verständnisproblem, was die Redefreiheit in der Linken betrifft?

Bartsch: Das ist ja keine Frage der Redefreiheit in der Linken, sondern ich habe über den Deutschen Bundestag gesprochen.

Schulz: Und er sagt, so was solle sich nicht wiederholen.

Bartsch: Schauen Sie, ich möchte auch keine Wiederholung einer Situation, dass wir von unserer Aufgabe, nämlich die soziale Opposition zu sein, wegkommen. Das will ich ausdrücklich nicht. Deswegen: Ja, im Nachgang kann man sicherlich darüber streiten, war das eine richtige Entscheidung. Im Vorfeld sage ich Ihnen ganz klar: Es hat da eine Diskussion gegeben. Aber doch nicht etwa das Ansinnen, Sahra Wagenknecht redet dort nicht. Und

egal wann und zu welchem Thema Sahra Wagenknecht geredet hätte, hätte es immer Auseinandersetzungen gegeben. Aber die Schlussfolgerung muss ganz klar sein: Wir haben einen Korridor. Den bestimmen wirklich Wahlprogramm und Beschlüsse, die wir gemeinsam fassen. Wir hatten gerade zu diesem Thema eine lange Klausur in der Bundestagsfraktion, wo wir in großer Einigkeit entscheidende Punkte beschlossen haben, und da ist eine Umkehr nicht vorhanden.

Ich will aber noch mal darauf hinweisen: Der Kernpunkt muss ein anderer sein. Der muss die Auseinandersetzung mit der Politik der Ampel sein. Ansonsten werden wir unserer Aufgabe nicht gerecht. Dafür werbe ich und da will ich auch nicht, dass interne Debatten, wenn sie jetzt auch geführt werden müssen, wenn ich mich auch bei Ihnen im Interview dem stelle, aber das kann nicht die Zielsetzung sein.

Schulz: Aber die Debatte ist ja auch noch nicht zu Ende. Sie sagen, es gäbe einen Korridor, es war von vornherein klar, dass Sahra Wagenknecht vielleicht sich nicht innerhalb dieses Korridors aufhalten würde, und jetzt keilt sie auch noch mal zurück. Sie hat „Zeit Online“ gesagt, ein Parteivorsitzender, der das Paralleluniversum seiner Twitter-Blase mit der Stimmung in der Bevölkerung verwechselt, ist eine Fehlbesetzung. Da ist überhaupt keine Deeskalation in Sicht. Laufen Sie, läuft Ihre Fraktion, läuft Ihre Partei auf eine Spaltung zu?

Bartsch: Ich werde alles tun, dass es keine Spaltung gibt, weil wir genau dann erstens das wirklich historische Projekt der Linken, was im Übrigen ein Erfolgsprojekt ist bei allen Problemen, die wir derzeit haben – wir regieren in vier Bundesländern mit, wir sind die soziale Opposition, wir sind in Kommunen erfolgreich und aktuell auch außerparlamentarisch. Deswegen werde ich genau darum kämpfen. Ich finde derartige Äußerungen, wie sie da Sarah Wagenknecht getätigt hat, nicht zielführend. Es ist falsch. Außerdem: Martin Schirdewan ist demokratisch von einem Parteitag gewählt. Er hat im Übrigen gemeinsam mit seinem damaligen Konkurrenten Sören Pellmann in Leipzig auf der Bühne gestanden und die Interessen von Menschen, die große Sorgen haben, vertreten. Das ist der richtige Weg. Nur gemeinsam werden wir erfolgreich sein. Ansonsten bedienen wir das, was politische Konkurrenten wollen, und wir sehen, weil Sie gerade davor den Beitrag von Schweden hatten, wohin das führt. Die Rechte wird gestärkt. Das wollen wir ausdrücklich nicht. Das sind unsere entschiedenen Gegner.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.